

Inhaltsübersicht

I. Kapitel: Einleitung	1
II. Kapitel: Entstehung und Durchsetzung wettbewerblicher Unterlassungsansprüche. Ein Überblick zu den gesetzlichen und gewohnheitsrechtlichen Grundsätzen	17
III. Kapitel: Die Lehre vom »Kern der Verletzungshandlung« als Vermittlung zwischen materiellem und prozessualem Recht . . .	72
IV. Kapitel: Gefahr, System und actio: Zur Genealogie der allge- meinen Unterlassungsklage im Wettbewerbsrecht	103
V. Kapitel: Die Funktion des Merkmals der Gefahr im Eilverfahren sowie bei vor- und außerprozessualen Instrumenten des wett- bewerblichen Unterlassungsrechtsschutzes	153
VI. Kapitel: Versuch der systematischen Ordnung materieller, prozessualer und vollstreckungsrechtlicher Merkmale der Unterlassungsklage	176
VII. Kapitel: Eine aktionenbezogene Rekonstruktion des wettbewerblichen Präventivrechtsschutzes	206
VIII. Kapitel: Die allgemeine Unterlassungsklage als Bestandteil des Zivilprozeßrechts. Reflektionen zu einem prozeßbezogenen Privatrecht	280
IX. Kapitel: Die juristische Entscheidung unter Unsicherheit. Eine Methodenkritik	297
X. Kapitel: Zusammenfassung	321

Inhalt

Vorwort	V
 I. Kapitel: Einleitung	 1
1. Der Untersuchungsgegenstand	1
2. Erkenntnisinteresse und Thesen	4
3. Der ordnungspolitische Rahmen. – Abgrenzung des materiell- rechtlichen Forschungsfeldes	9
a) Wettbewerb	9
b) Marktverhaltensrecht und gewerblicher Sonderrechtsschutz	11
4. Methode und Gang der Untersuchung	13
 II. Kapitel: Entstehung und Durchsetzung wettbewerb- licher Unterlassungsansprüche. Ein Überblick zu den gesetzlichen und gewohnheitsrechtlichen Grundsätzen	 17
1. Der Unterlassungsanspruch des bürgerlichen Rechts	17
a) Der Schutz des Eigentums durch § 1004 BGB	17
b) Der Streit um die Materialität des Unterlassungsanspruchs	23
2. Die Tatbestandsmerkmale des materiellen Unterlassungs- anspruchs im gewerblichen Rechtsschutz und Wettbewerbsrecht	26
a) Die Abwehr von Beeinträchtigungen	26
b) Der wettbewerbliche Unterlassungsanspruch	28
aa) Wiederholungsgefahr	30
bb) Begehungsgefahr	32
c) Abmahnung, Unterwerfung und einstweiliger Rechtsschutz	35
3. Die konkrete Verletzungsform	36
a) Materiellrechtliche Komponenten	36
b) Verfahrensrechtliche Bedeutung der konkreten Verletzungsform und prozessuales Bestimmtheitsgebot	41

c) Die erforderliche Trennung von Bestimmtheitsgebot und konkreter Verletzungsform	44
4. Konkrete Verletzungsform und »Kernlehre«	45
a) Grundsatz	45
b) Die zwei Varianten der Kernlehre	50
5. Prozessuale Besonderheiten der wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsklage	51
a) Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	52
b) Insbesondere das Rechtsschutzinteresse	53
c) Beweisforderungen	55
d) Konsequenzen eines zu weitgehenden Unterlassungsantrags, prozessuale Wirkung der konkreten Verletzungsform und die richterliche Hinweispflicht	55
e) Unterlassungstitel	57
6. Die Unterlassungsvollstreckung	58
a) Allgemeines	58
aa) Überblick zu den Vollstreckungsvoraussetzungen	60
bb) Die Zuwiderhandlung	62
cc) Verfahrensfragen	63
b) Einzelheiten: Die Anwendung der »Kernlehre« im Voll- streckungsrecht	64
aa) Grundsatz	64
bb) Zurückhaltung bei der Anwendung der Kernlehre im Vollstreckungsverfahren	69
7. Zwischenergebnis	70

III. Kapitel: Die Lehre vom »Kern der Verletzungshandlung« als Vermittlung zwischen materiellem und prozessuellem Recht

1. Analyse der Einwände gegen die Kernlehre	72
a) Argumente gegen den Gebrauch der Kernlehre im Vollstreckungs- verfahren	73
aa) Materielle Rechtskraft	73
bb) Grenze zwischen Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren	75
cc) Verstoß gegen Verfassungsrecht: Der Doppelcharakter des § 890 ZPO	77
b) Argumente gegen die Berücksichtigung von konkreter Verletzungsform und Kernlehre im Erkenntnisverfahren	78
c) Gegenargumente wegen methodischer Unstimmigkeiten und mangelnder Rechtssicherheit	81
d) Fazit	83

2. Veränderungsvorschläge zur Behandlung der Unterlassungsklage im Wettbewerbsrecht	84
3. Zum Argument des Doppelcharakters von 890 ZPO	87
4. Die praktische Bedeutung der Konkretisierung der Gefahr für das Verhältnis zwischen Prozeß und Recht	94
5. Zwischenergebnis und Hypothese	100
 IV. Kapitel: Gefahr, System und actio: Zur Genealogie der allgemeinen Unterlassungsklage im Wettbewerbsrecht	 103
1. Die Vorgeschichte der Unterlassungsklage	104
a) Die Unterlassung im Römischen Recht	104
b) Die Klagrechte auf Unterlassung im 19. Jahrhundert	105
aa) Die forensische Handhabung der auf Unterlassung gerichteten Aktionen im gemeinen Recht	105
bb) Das gewandelte »praktische Bedürfnis« an der inhaltlichen Erweiterung der Negatorienklage	107
cc) Die Unterlassungsvollstreckung	109
c) Zwischenergebnis	111
2. Die Proklamation der allgemeinen Unterlassungsklage durch das Reichsgericht	112
3. Wiederholungs- und Begehungsgefahr in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	119
a) Die Wiederholungs- und Begehungsgefahr als materielles Merkmal der allgemeinen Unterlassungsklage	119
b) Die Wiederholungsgefahr in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	120
c) Präzisierung der Wiederholungsgefahr in der Patentlitigation	121
d) Die Begehungsgefahr in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	123
e) Gegentendenzen	124
f) Die Auslegung des Titels	125
g) Zwischenergebnis	126
4. Die Weiterentwicklung der reichsgerichtlichen Grundsätze durch den Bundesgerichtshof	127
a) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Unterlassungsklage im Wettbewerbsrecht der Bundesrepublik	127
b) Die Handhabung der Unterlassungsklage in anderen Gebieten des deutschen Rechts (Exkurs I)	132
5. Die Suche nach Alternativen: Einschränkende Zusätze und Güterabwägung auf der Rechtsfolgesseite	134

a) »Acrylglas« und positive Zusätze in der Urteilsformel	135
b) »Mephisto« und die Verhältnismäßigkeitsprüfung auf der Rechtsfolgesseite der Norm	140
c) Die Rolle der Güterabwägung bei anderen Problemen des Wettbewerbsrechts (Exkurs II)	142
6. Lösungen in anderen Rechtsordnungen (Exkurs III)	146
a) Französisches Recht	146
b) Anglo-amerikanisches Recht	148
c) Fazit	149
7. Ergebnis	150

V. Kapitel: Die Funktion des Merkmals der Gefahr im Eilverfahren sowie bei vor- und außerprozessualen Instrumenten des wettbewerblichen Unterlassungsrechts- schutzes 153

1. Einstweiliger Rechtsschutz	153
a) Voraussetzungen der Unterlassungsverfügung	153
b) Rechtsbehelfe, Abschlußschreiben und Rechtskraftwirkung	157
aa) Rechtsbehelfe und Rechtsschutzinteresse	157
bb) Abschlußschreiben und Abschlußerklärung	158
c) Die Parallelität der Rechtskraftwirkung als rechtspolitisches Ziel und die konkrete Verletzungsform	160
d) Zwischenergebnis	161
2. Ausweitung der konkreten Verletzungsform auf vor- und außerprozessuale Instrumente	161
a) Abmahnung	162
b) Strafbewehrte Unterlassungserklärung	166
c) Die einheitliche Betrachtungsweise bei Mehrfachabmahnungen	170
3. Fazit	175

VI. Kapitel: Versuch der systematischen Ordnung materieller, prozessualer und vollstreckungsrechtlicher Merkmale der Unterlassungsklage 177

1. Fragestellung	177
2. Die Bestimmtheit des Antrags und die konkrete Verletzungs- form: unzulässig oder unbegründet?	178
3. Hindernisse einer begrifflichen Präzisierung der Gefahrmerkmale	186

a) Die Ungewißheit der »gewissen Verallgemeinerung«	187
b) Vorbeugender Rechtsschutz in Fällen der Berührung	192
c) Die Mischformen der Beeinträchtigungsgefahr	194
4. Unterlassungsvollstreckung und Titelauslegung	198
5. Zwischenergebnis	205

VII. Kapitel: Eine aktionenbezogene Rekonstruktion des wettbewerblichen Präventivrechtsschutzes	206
1. Einleitung	206
2. Patentschutz	208
3. Softwareschutz	217
4. Die Wettbewerbsfunktion anderer gewerblicher Sonderrechte	224
a) Gewerblicher Namens-, Firmen- und Ausstattungsschutz. Insbesondere die Firmenbezeichnung	224
b) Geschäftlicher Ehrenschatz	233
5. Steuerung des Marktverhaltens durch Schutz vor irreführender Werbung im Vergleich mit anderen Fallgruppen des Lauterkeitsrechts	242
a) Schutzzweck und Ordnung des UWG und seiner Nebengesetze	242
b) Wettbewerbsfunktion und Informationsasymmetrie	246
c) Selektionskriterien für die untersuchten UWG-rechtlichen Ordnungsgruppen	248
d) Unlautere Kundenbeeinflussung am Beispiel der Vorratshaltung bei Sonderangeboten	250
e) Verallgemeinerung auf andere Formen irreführender Werbung	254
aa) Irreführung über die geographische Herkunft der Ware oder des Unternehmens	254
bb) Irreführung über die Eigenschaft als Hersteller oder Großhändler	255
cc) Irreführung über andere Eigenschaften von Waren und Unternehmen	257
dd) Redaktionelle Werbung	259
ee) Irreführung durch fehlende Werbeangaben?	260
ff) Gemeinsame Merkmale	261
f) Andere Formen unlauteren Wettbewerbs	264
aa) Behinderung und Ausbeutung bestimmter Mitbewerber durch Werbung	264
bb) Entfernung von Kontroll- und Fabrikationsnummern (Behinderung)	266
cc) Rechtsbruch	268
dd) Verletzung von UWG-Nebengesetzen	270
g) Auswertung (UWG)	271
6. Ergebnis	274

VIII. Kapitel: Die allgemeine Unterlassungsklage als Bestandteil des Zivilprozeßrechts. Reflektionen zu einem prozeßbezogenen Privatrecht	280
1. Abgrenzung	280
2. Die Einheitlichkeit des Streitgegenstands- und Rechtskraftbegriffs	281
3. Die Einheit der Zivilrechtsordnung und der Dualismus von Prozeß und Recht	286
4. Ergebnis	295
IX. Kapitel: Die juristische Entscheidung unter Unsicherheit. Eine Methodenkritik	297
1. Abgrenzung: Der Untersuchungsgegenstand als Problem juristischer Methodenlehre	297
2. Determinanten der Rechtssicherheit	300
a) Verfassungsrechtlicher Rahmen	300
b) Der Streit um die richtige juristische Methode	302
c) Grenzen des Begriffs	305
d) Zwischenergebnis	306
3. Die faktische Geltung konkreter Rechtsregeln (Präjudizien)	307
a) Richterrecht in der deutschsprachigen Methodendiskussion und »sekundäre Normerzeugung«	310
b) Rechtstheorievergleichende Gesichtspunkte (Common Law)	312
c) Zwischenergebnis	312
4. Nicht determiniertes Verhalten an sich deterministischer Handlungssysteme	313
5. Ergebnis	319
X. Kapitel: Zusammenfassung	321
Literaturverzeichnis	329
Stichwortverzeichnis	341